

Regierung will gegen Google vorgehen

München. Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) will rechtliche Schritte gegen den Straßenfotodienst des US-Internetriesen Google prüfen. Google Street View sei »nichts anderes als die millionenfache Verletzung der Privatsphäre«, sagte die Ministerin dem Magazin Focus. Der Google-Dienst bietet 360-Grad-Bilder von Straßenzügen größerer Städte; für Deutschland ist der Dienst in Vorbereitung. Datenschützer kritisieren, daß die Fotos nicht nur die Gebäude und teilweise die Gärten und Höfe, sondern auch die Menschen und Autos zeigen, die sich zum Zeitpunkt der Aufnahmen auf den Straßen befanden. Eine ähnliche Initiative hatte kürzlich Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) angekündigt. Ziel sei, daß Google künftig die Pflicht habe, die Genehmigung der Bürger einzuholen, wenn man das Foto eines Privathauses veröffentlichen möchte, so Aigner. (AFP/jW)
<https://www.jungewelt.de/artikel/139152.regierung-will-gegen-google-vorgehen.html>